

In europäischen Ländern stösst 10-Millionen-Initiative auf ein grosses Echo

Volksabstimmung am 14. Juni Das SVP-Volksbegehren findet internationale Beachtung. Gerade in Deutschland zeigen sich viele überrascht davon, dass das erfolgreiche Nachbarland einen derart radikalen Vorschlag annehmen könnte.

Simon Widmer, Berlin

Dass eine Schweizer Volksinitiative in Deutschland Beachtung findet, ist selten. Die Schweiz gilt vielen Deutschen als Musterland mit kaum nennenswerten Problemen. Gerade schauen einige aber genauer auf die Schweizer Innenpolitik.

Die Abstimmung über die SRG-Halbierungsinitiative am Sonntag weckt Interesse, vor allem weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch in Deutschland unter Druck geraten ist. Noch mehr Aufmerksamkeit erhält die SVP-Initiative zur 10-Millionen-Schweiz. Sie wird in deutschen Medien und auf Social Media breit diskutiert – obwohl der Abstimmungstermin am 14. Juni noch weit entfernt liegt.

Mit Verwunderung wird in Deutschland registriert, dass das Schweizer Stimmvolk die neuen bilateralen Verträge torpedieren könnte. Diese haben Bundesrat Guy Parmelin und EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen am Montag unterschrieben. Ein Ja würde der Personenfreizügigkeit mit der EU widersprechen – ein Kernpunkt sowohl der alten als auch der neuen bilateralen Verträge.

Direkte Demokratie – ein Modell für Deutschland?

Schon im vergangenen Jahr berichteten die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (FAZ) und die «Süddeutsche Zeitung» (SZ) prominent über die Initiative. Die SZ kritisierte das Volksbegehren scharf. Ein Ja würde die Schweiz «unnötig in eine Krise stürzen», heisst es in einem Kommentar. Die SVP suche den Konflikt mit der Europäischen Union.

Die FAZ beschreibt ein «diffuses Unwohlsein» gegenüber der wachsenden Zahl von Ausländern, auch wenn diese meist aus Europa stammten und kulturell mit der Schweiz vertraut seien. Eine Annahme der Initiative wäre ein «schwerer Schlag» für die Schweizer Wirtschaft.

Auch die «Welt» hat einen Bericht veröffentlicht, dessen Kommentarbereich aufschlussreich ist. Die Leser des rechtsbürgerlichen Mediums begrüssen die Initiative. Kommentare wie



Nachhaltigkeitsinitiative: SVP-Nationalrat Thomas Aeschi im April 2024 bei der Übergabe der Unterschriften vor dem Bundeshaus. Foto: AFP

«Schweizer müsste man sein» und «So sieht Nachhaltigkeit aus» gehören zu den beliebtesten. Viele wünschen sich auch in Deutschland eine direkte Demokratie – ohne zu bedenken, dass dies eine grundlegende Umgestaltung des politischen Systems erfordern würde.

In den letzten Tagen hat die 10-Millionen-Initiative auch auf Tiktok Wellen geschlagen. Ein Journalist der «Zeit» zeigt sich in einem kurzen Video erstaunt, dass die Initiative Erfolg haben könnte, obwohl sie die Beziehungen zur EU infrage stellen würde.

Auch die Deutsche Welle, das deutsche Pendant zu Swissinfo, berichtet in einem Video darüber. In ihrem Beitrag betont sie die Tragweite des Vorhabens: Es würde die Migrationspolitik und die internationalen Abkommen mit der EU neu aufstellen.

Das deutsche Interesse an der Initiative hat mehrere Gründe. Viele überrascht, dass ein wirtschaftlich erfolgreiches Land wie die Schweiz einen radikalen Schritt zur Zuwanderungsbegrenzung erwägt. Viele haben Kolleginnen und Kollegen, die von Schweizer Spitälern oder Unternehmen abgeworben wurden. Mit einer fixen Bevölkerungsgrenze ist das nur schwer vereinbar.

SVP-Initiative ist Teil eines europäischen Phänomens

Zudem prägt das Thema Migration die deutsche Politik spätestens seit der Flüchtlingskrise 2015/2016. Die AfD verdankt ihren Aufstieg massgeblich der Bewirtschaftung der Migrationsproblematik.

Auch in deutschen Grossstädten kennt man das, was in der Schweiz als «Dichtestress» be-

In Deutschland wird mit Verwunderung registriert, dass das Stimmvolk die neuen Verträge mit der EU torpedieren könnte.

zeichnet wird: Wohnungsnot, steigende Mieten und überfüllte Verkehrsmittel. Und wie in Zürich ärgern sich manche in Berlin, wenn sie in Restaurants nur auf Englisch bestellen können.

Das Interesse an der 10-Millionen-Initiative beschränkt sich nicht auf den deutschsprachigen Raum. Eine Journalistin der «New York Times» ordnet die Initiative in einen grösseren Kontext ein. Sie zeigt, wie die Stimmung gegenüber Migranten in Europa kritischer geworden ist. Auch in der Schweiz habe die wachsende Vielfalt der Bevölkerung an manchen Orten einen «Backlash» ausgelöst.

Die britische «Financial Times» nennt den Vorschlag «radikal» und sieht ihn ebenfalls im europäischen Kontext. Steigende Mieten, Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und Druck auf öffentliche Dienstleistungen hätten in vielen Ländern eine migrationskritische Politik befeuert.

Der «Guardian» geht hart mit der SVP ins Gericht. Die Partei bekämpfe Einwanderung, indem

sie Verbrechen von Ausländern hervorhebe und mit Bildern von blutigen Messern, von verummten Tätern und von verängstigten Frauen arbeite. Der Artikel zitiert den Wirtschaftsverband Economiesuisse, der die Initiative als «Chaos-Initiative» bezeichnet.

Der «Telegraph» nennt die Initiative einen «grossen Test für die Einwanderungspolitik». Sie könnte zu einem heftigen Streit mit der EU führen, da die Personenfreizügigkeit ein Kernelement der Beziehungen sei. Das Medium vergleicht die Schweizer Steuerung der Migration mit derjenigen Singapurs, wobei der asiatische Stadtstaat keine starre Obergrenze plant.

Nigel Farage hat ähnliche Ideen wie die SVP

Das breite britische Interesse an der Initiative ist kein Zufall. Schon im Brexit-Abstimmungskampf galt die Schweiz den Befürwortern als Vorbild. Kürzlich forderte Reform UK, die Partei von Nigel Farage, eine «Netto-Null-Migration» – es sollen nur so viele Menschen ins Land kommen, wie es verlassen. Ein Anliegen, das der 10-Millionen-Initiative ähnelt. Reform UK führt derzeit die Umfragen an.

Auch das spanische Onlineportal «El Confidencial» berichtet in einem Videobeitrag auf Tiktok. Die Journalistin zeigt sich überrascht, dass die Schweiz ihre Bevölkerungszahl begrenzen will, obwohl die meisten Migranten Arbeitskräfte und keine Flüchtlinge seien.

Sie verweist auf die Masseneinwanderungsinitiative von 2014, die nur in einer «Light»-Version umgesetzt wurde. Die Schweiz müsse jetzt entscheiden, ob sie ein Paradies für ausländische Arbeitskräfte bleiben oder sich ein «Ausgebucht»-Schild umhängen wolle.

Die ausführliche Berichterstattung zeigt: Schon mehrere Monate vor der Abstimmung am 14. Juni schaut das Ausland auf die Schweiz. Das Stimmvolk befindet über eine Frage, die auch andernorts virulent ist – und trifft einen Entscheid, der eine Signalwirkung für die Migrationspolitik in manchen europäischen Ländern haben könnte.